



Bundestag verabschiedet Bundeshaushalt 2019



Der Bundestag berät abschließend über den Bundeshaushalt 2019. Darin vorgesehen: Ausgaben von insgesamt 356,4 Milliarden Euro, das sind 12,8 Milliarden Euro Mehrausgaben als im laufenden Jahr 2018. Und dennoch steht die schwarze Null weiterhin stabil - auch das Haushaltsjahr 2019 kommt ohne neue Schulden aus.

"Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz", fasst Fraktionschef Ralph Brinkhaus die Lage zusammen und verspricht: "Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt. Wir denken nicht zuerst an neue Sozialausgaben, sondern zuallererst ans Erwirtschaften", so Brinkhaus weiter. Jeder Euro, der ausgegeben werde, müsse erst verdient werden.

Es wird zum sechsten Mal ein Bundeshaushalt mit einer schwarzen Null aufgestellt. Das ist alles andere als selbstverständlich. Mit Blick auf den ersten ausgeglichenen Haushalt 2014 war der letzte noch unter Franz-Josef Strauss 1969.

Mit dem Haushaltsentwurf setzt die Koalition nicht nur die Politik der schwarzen Null fort. 2019 wird erstmals das sogenannte EU-Maastricht-Kriterium erfüllt, wonach die Verschuldungsquote unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen muss.

Investiert wird unter anderem stark in Kinder, Jugendliche und Familien. So werden Familien durch einen steigenden Grundfreibetrag und das erhöhte Kindergeld ab 2019 finanziell entlastet. Mit einem Anstieg der Investitionen von 143 Millionen Euro auf nun 10,45 Milliarden Euro setzt die Union in der Familienpolitik deutliche Akzente.

Auch beim Ehrenamt haben sich CDU und CSU dafür stark gemacht, die Versprechen im Koalitionsvertrag umzusetzen. Der Bund wird die Freiwilligendienste umfassend stärken. Dazu stellen wir insgesamt 65 Millionen Euro für mehr Plätze sowohl im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr als auch im Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung. Von den 65 Millionen Euro werden auch die Zuschüsse zur pädagogischen Begleitung erhöht.

Auch in die innere Sicherheit investiert der Bund 2019 mehr Geld als bislang. So wird allein der Verteidigungsetat um weitere 350 Millionen Euro aufgestockt. Der Bundestag schafft so die Grundlage für zentrale Rüstungsprojekte wie etwa das taktische Luftverteidigungssystem. Die Soldatinnen und Soldaten brauchen dringend zusätzliches Material und bessere Rahmenbedingungen. Aufgrund ihres Engagements für die Sicherheit Deutschlands und Europas ist die Bundeswehr kontinuierlich gefordert und starken Belastungen ausgesetzt. Mehr Geld für die Bundeswehr hatte auch Fraktionschef Ralph Brinkhaus bei seinem Besuch in der Bundeswehrkaserne Fläming in Brandenburg gefordert.

Foto: Pixabay

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2019 beschlossen. Im kommenden Jahr werden wir wieder viel Geld in zentrale Zukunftsbereiche wie Digitalisierung,

Künstliche Intelligenz und - was mich als Verkehrspolitiker besonders freut - in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Wie wichtig diese Maßnahmen sind, habe ich am Dienstag in meiner Plenarrede zum Ausdruck gebracht. Auf insgesamt knapp 29,3 Milliarden Euro wird der Verkehrsetat im kommenden Jahr steigen. Mit diesem Geld fördern wir zahlreiche Projekte, um Mobilität smarter zu gestalten und die Emissionen der verschiedenen Verkehrsträger zu verringern. So werden wir an 118 Bahnhöfen für Barrierefreiheit sorgen und investieren dafür 330 Millionen Euro. Darunter auch unsere Kreisangehörigen Bahnhöfe in Westbevern und Ostbevern. Damit steigern wir die Attraktivität der Schiene im ländlichen Raum und erhöhen die Lebensqualität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger - eines der großen Ziele der Union. Ein weiteres prioritäres Vorhaben von CDU und CSU ist der schnellstmögliche Breitbandausbau. Deshalb stellen wir zur Ausfinanzierung der Upgrade-Projekte zusätzlich 643 Millionen Euro bereit.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Bundeshaushalt 2019 ist ein weiterer Schritt zur Stärkung unseres Landes. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten. Das sind gute Nachrichten für die Zukunft unseres Landes! Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Gespräch mit dem TÜV Rheinland zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III)
- Treffen der CDU-MdB aus dem Münsterland
- Gesprächskreis Landwirtschaft und ländliche Räume der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Digitalisierung in der Landwirtschaft
- Meinungsaustausch mit den „Ingenieuren für Kommunikation“

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Investitionen in die Mobilität der Zukunft

Mobilität von Menschen und Waren ist eine Grundvoraussetzung für unseren Wohlstand in Deutschland. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher im Haushalt 2019 Projekte verankert, die zur Verbesserung der Mobilität beitragen sollen. Dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur stehen 29,29 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Ministerium verfügt damit über den größten Investitionshaushalt.

Ein Fokus liegt auf dem Bahnverkehr. Bahnfahren soll noch attraktiver und vor allem auch nachhaltiger werden. So wird ein Deutsches Zentrum für Schienenverkehrsforschung (DZSF) gegründet, um die Schiene in Forschungsfragen fit für die Zukunft zu machen. Aber auch das Potenzial alternativer Antriebstechnologien – z.B. Wasserstoff, Batterie oder Hybrid – im Schienenverkehr soll durch Neuinvestitionen in Züge ausgeschöpft werden. Damit wird eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Ein Ziel ist aber auch, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Daher sind im Haushalt Mittel zur Senkung der Trassenpreise vorgesehen, um Güterverkehr auf der Schiene günstiger zu machen.

Durch eine Modernisierung des Bahnfunks soll der Mobilfunk- und Internetempfang für Bahnreisende künftig verbessert werden. Eine wichtige Aufgabe der Politik ist auch, jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein großes Anliegen, hier einen Beitrag zu leisten und die vollständige Kostenübernahme für 118 (zukünftig) barrierefreie Bahnhöfe zu beschließen. „Gerade auch in ländlichen Regionen ist die Barrierefreiheit an Bahnhöfen von zentraler Bedeutung für die Mobilität von Menschen mit Behinderung.“ sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ulrich Lange. Davon profitieren natürlich auch ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen.

Durch viele Projekte sollen auch Breitbandausbau und die Forschung in den Bereichen Mobilfunkstandard, automatisiertes Fahren und innerstädtischer Lieferverkehr gefördert werden. Dazu kommen noch weitere Projekte, die auch die maritime Wirtschaft und die Binnenschifffahrt stärken sollen.

Aber auch steuerliche Regelungen sorgen für Verbesserungen insbesondere für Pendler. Das entsprechende Gesetz wurde bereits am 8. November 2018 im Bundestag beschlossen. Jetzt muss nur noch der Bundesrat zustimmen.

Zahlt der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern Zuschüsse zu einem Jobticket oder finanziert er dieses sogar ganz, dann ist dies zukünftig steuerfrei. Es wird nicht mehr als Arbeitslohn behandelt. Dies gilt sogar dann, wenn man das Ticket auch privat nutzen darf. Wichtig ist dies für Pendler, die auf den städtischen Nahverkehr oder auf Regional- und Fernzüge angewiesen sind.

Ein weiterer wichtiger Baustein betrifft Dienstfahrräder, die der Arbeitgeber kostenlos oder verbilligt zur Verfügung stellt. Auch diese sind zukünftig steuerfrei und werden nicht mehr versteuert. Dies gilt übrigens nicht nur für „normale“ Fahrräder, sondern auch für Elektrofahrräder. Da die Entwicklung in diesem Bereich zunächst beobachten werden soll, ist die Regelung erstmal bis 2021 befristet.

Foto: Pixabay

Union sorgt für mehr bezahlbaren Wohnraum

Wohnen ist die gesellschaftliche Frage unserer Zeit und Ausdruck von Lebensqualität für alle Menschen. Darum hat das Thema für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch für die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen einen besonders hohen Stellenwert.

Das zeigt sich im Etat für den Bereich Wohnen und Bauen, der im Bundeshaushalt 2019 rund 4,3 Milliarden Euro umfasst. Die Union will in dieser Legislatur ein umfangreiches Maßnahmenpaket umsetzen, um für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu sorgen. Bausteine dafür sind u.a. die soziale Wohnraumförderung oder steuerliche Anreize zur Schaffung von mehr Wohneigentum. Auch will die CDU/CSU gerade junge Familien auf ihrem Weg in die eigenen vier Wände unterstützen. Das Baukindergeld ist hier bereits jetzt schon ein großer Erfolg.

Impressum:

Ausgabe Nr. 19/2018,
22. November 2018

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck